

TERRORISMUS

Zum Sterben nach Israel

Wollte ein junger Deutscher sich als Selbstmordattentäter in Tel Aviv in die Luft sprengen? Der Prozeß gegen Steven Smyrek bringt die deutschen Behörden in Erklärungsnot. Warum ließen sie den seit Wochen observierten Verdächtigen überhaupt ausreisen?

Abd el-Karim galt als jemand, auf dessen Worte nicht immer Taten folgten. Deshalb nahmen ihn seine Braunschweiger Kumpels nicht ernst, als ihnen der 26jährige im Sommer des vergangenen Jahres eröffnete, zu einer Reise ohne Wiederkehr nach Israel aufzubrechen. „Ich sterbe als Schahid, ich sprengt Juden in die Luft.“

Die Prahlerei auf einer Parkbank nahe der Braunschweiger Einkaufsmeile nahm niemand ernst. Denn Abd el-Karim, der mit bürgerlichem Namen Steven Smyrek heißt, hatte sich schon in vielem versucht – meist ohne Erfolg. Seine türkischen Freunde nervte der Deutsche seit seinem Übertritt zum Islam immer wieder mit seinem Fanatismus.

Seit dem 28. November vergangenen Jahres sitzt Smyrek in Israel in Haft. Am vorvergangenen Donnerstag legte die israelische Generalstaatsanwaltschaft dem Bezirksgericht in Tel Aviv-Jaffo ihre Anklage gegen Smyrek vor. Sie beschuldigt den Muslim aus Niedersachsen der „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“ und der „Verschwörung zur Unterstützung des Feindes in seinem Krieg gegen Israel“. Ihm droht lebenslange Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis.

Der Fall hat die Sicherheitsbehörden in Deutschland und Israel alarmiert und sorgt in der Öffentlichkeit beider Länder für heftige Aufregung: Erstmals ist ein Deutscher in den Verdacht geraten, für die islamische Terrororganisation Hisbollah einen Selbstmordanschlag im Judentaat vorzubereiten. Experten fürchten eine neue Spielart des Terrors.

Doch der Prozeß gegen Smyrek hat seine Merkwürdigkeiten. Smyrek-Anwalt Dan Assan will beweisen, daß sein Mandant („ein naiver junger Mensch“) vom israelischen Geheimdienst zu einem „umfassenden Geständnis“ gepräst wurde. Er legt sogar nahe, Smyrek sei gefoltert worden.

Bis heute ist völlig ungeklärt, welche deutsche Behörde die Entscheidung fällt,



Angeklagter Smyrek, Anwalt Assan: „Naiver junger Mensch“

Smyrek gerät in die DrogenSzene, wird mehrfach von der Polizei aufgegriffen, schließlich verhaftet. Er sagt als Kronzeuge gegen seine Hintermänner aus, verschwindet anschließend nach Braunschweig. Hier jobbt er nächstens in einer CD-Fabrik.

1994 tritt er zum Islam über. In seiner kleinen Wohnung in der Nordstraße lernt Smyrek Arabisch und studiert den Koran. „Er brauchte keine Gehirnwäsche, das kam alles aus ihm selbst“, sagt ein türkischer Freund, den der Deutsche zuletzt schnitt, weil der Türke an seinem Kiosk Alkohol verkauft. „Er fragte immer, wozu er auf der Welt ist.“

Smyrek, der sich nur noch mit seinem arabischen Namen anreden läßt, genießt die Herzlichkeit mohammedanischer Familien, die dem Jungen Geborgenheit geben. Seinen Freunden rezitiert er bei abendlichen Kneipenbesuchen ganze Suren aus dem Koran.

Zum Freitagsgebet erscheint er in der Moschee der extremistischen türkischen Gruppierung Milli Görüs. Doch die Glaubensbrüder sind ihm zu moderat. Selbst die Anhänger des Islamistenführers Kaplan, die sich in einem Fabrikgebäude in der Kramerstraße in Braunschweig zum Gebet treffen, erscheinen ihm nicht entschlossen genug.

Die Muslime in der Kramerstraße, die Jugendliche mit ihren Problemen von der Straße holen, nehmen den konvertierten Bruder auf. Doch er bleibt ihnen suspekt. Der Vorbeter aus der Barbaros-Hayreddin-Moschee rügt Smyrek, er habe keine wahre Glaubensrichtung: „Du hast keinen Halt, du kannst dein Leben nicht mit dem Islam in Einklang bringen.“

Schriftlich bewirbt sich der Neumuslim bei einer Koranschule in Saudi-Arabien – die Hüter der heiligen Stätten lehnen ab. Als ihm ein Institut in den Vereinigten Arabischen Emiraten einen Studienplatz anbietet, will Abd el-Karim nicht mehr. Er hat sich in ein Mädchen aus Braunschweig unglücklich verliebt. Der Vater

den Braunschweiger überhaupt nach Tel Aviv ausreisen zu lassen – direkt in die Hände des alarmierten israelischen Sicherheitsdienstes.

Die Geschichte des Steven Smyrek ist die eines gestrauchelten Jugendlichen auf der Suche nach Halt. Seine Eltern trennen sich, als er noch ein Kind ist, die Mutter heiratet in Detmold einen britischen Soldaten. Steven bekommt Prügel, wird mit zwölf Jahren in ein Internat in die englische Grafschaft Dorset abgeschoben. Sein leiblicher Vater prozessiert jahrelang erfolglos um das Sorgerecht.

Im Alter von 18 Jahren, inzwischen wieder in Deutschland, muß Smyrek zur Bundeswehr. Danach jobbt er in einer Pizzeria in Herford. Mit den türkischen Besitzern zerstreitet er sich über die Frage, ob Pizza mit Schweinefleisch verkauft werden darf.



M. ATTAR / SIGMA

Hisbollahkämpfer im Libanon: Selbstdaufrag für „einen hergelaufenen Deutschen“?

der Umworbenen setzt den Eiferer vor die Tür.

In dem folgenden Jahr verrennt sich Smyrek offenbar in die Idee, sich dem bewaffneten Kampf gegen Israel anzuschließen. Freunde und Bekannte löchert er mit der Bitte, ihm einen Kontakt zur schiitischen Hisbollah zu verschaffen. Die sunnitischen Gläubigen in Braunschweig blocken ab. „Ich habe ihm angst gemacht“, sagt Hassan, ein Freund aus der Moschee, „wenn du Frauen und Kinder tötest, kommst du in die Hölle.“

Die Hisbollah, schätzt der Verfassungsschutz, hat in Deutschland rund 600 Anhänger. Durch Gewalttätigkeiten sind die Extremisten, die unter dem Namen „Islamischer Widerstand“ auftreten, hier bisher nur einmal aufgefallen: Hisbollah-Angehörige waren 1992 in das von der iranischen Staatsführung angeordnete Attentat auf oppositionelle Kurden in dem Berliner Restaurant „Mykonos“ verwickelt. Seitdem beschränken sich die Glaubenskrieger hierzulande auf Trauerkundgebungen für die „Opfer der israelischen Aggression“.

Im Sommer des vergangenen Jahres brüstet sich Smyrek vor einer türkischen Imbißbude stolz, endlich habe sein Werben Gehör gefunden. Der Wirrkopf verschwindet für zwei Monate aus Braunschweig.

Soviel scheint sicher: Smyrek reist im August in den Libanon. Nach Angaben israelischer Sicherheitsbehörden wird er in den Trainingslagern der Hisbollah einer kurzen, aber intensiven militärischen Ausbildung unterzogen. Der junge Deutsche lernt in der Bekaa-Ebene den Umgang mit leichten Waffen und mit Sprengstoff. Ein

Araber mit Decknamen „Abu Ali“ soll ihn mit einem Empfehlungsschreiben für die von Iran gesteuerten Terroristen ausgestattet haben. Die Israelis hören Telefonate von Smyrek und Abu Ali im Libanon ab.

Der Braunschweiger, streute vergangene Woche der israelische Geheimdienst Mossad, gehöre zu einer Gruppe „Euro-Terroristen“. Diese würden von der Hisbollah gezielt für Anschläge im Judenstaat ausgebildet.

Ob das stimmt, ist völlig unklar. Bisher hat sich die Hisbollah – anders als die palästinensisches Hamas – mit Anschlägen in Israel zurückgehalten.

Die Hisbollah bestreitet, daß Smyrek je in einem ihrer Lager war. „Glauben Sie im Ernst“, so ein hoher Hisbollah-Funktionär zum SPIEGEL, „daß wir einen hergelaufenen Deutschen, der angeblich zum Islam übergetreten ist, beauftragt haben, für uns ein Selbstdaufragattentat in Tel Aviv oder Jerusalem zu verüben?“

Noch bevor Smyrek Anfang November ins Niedersächsische zurückkehrt, haben die israelischen Sicherheitsdienste ihre

deutschen Kollegen alarmiert. Rund um die Uhr läßt das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt (BKA) Smyrek observieren. Telefon und Post werden kontrolliert.

Die Braunschweiger Polizei bekommt – höchst vertraulich – den Auftrag, Smyreks Freundes- und Bekanntenkreis abzuklären. Das Mobile Einsatzkommando (MEK) des niedersächsischen Landeskriminalamtes rückt zur Verstärkung an. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe prüft die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.

Aber die Bundesanwälte lehnen ab: Die Hinweise auf einen möglichen Anschlag in Israel scheinen Karlsruhe nicht konkret genug. Und die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung ist hier nur strafbar, wenn sie einen gewalttätigen Ableger in Deutschland unterhält.

In einem hannoverschen Reisebüro kauft Smyrek, immer unter den Augen der Observanten, ein Flugticket Amsterdam-Tel Aviv. Seinen alten Reisepaß mit dem verräterischen libanesischen Einreise- und Ausreisestempel beschädigt er. Für den Flug nach Tel Aviv läßt er sich am 17. November von den Behörden das Ersatzdokument mit der Nummer 25424675 ausstellen.

Am 28. November besteigt der Glaubenskrieger in spe einen Zug zum Amsterdamer Flughafen Schiphol. Da erst alarmieren die Fahnder eilig die Staatsanwaltschaft Hannover. Aber mit den ersten dünnen Hinweisen können die Staatsanwälte wenig anfangen. Für einen Haftbefehl reicht es schon gar nicht, Smyrek darf weiterreisen.

Vorsichtshalber bitten die Deutschen ihre holländischen Kollegen,

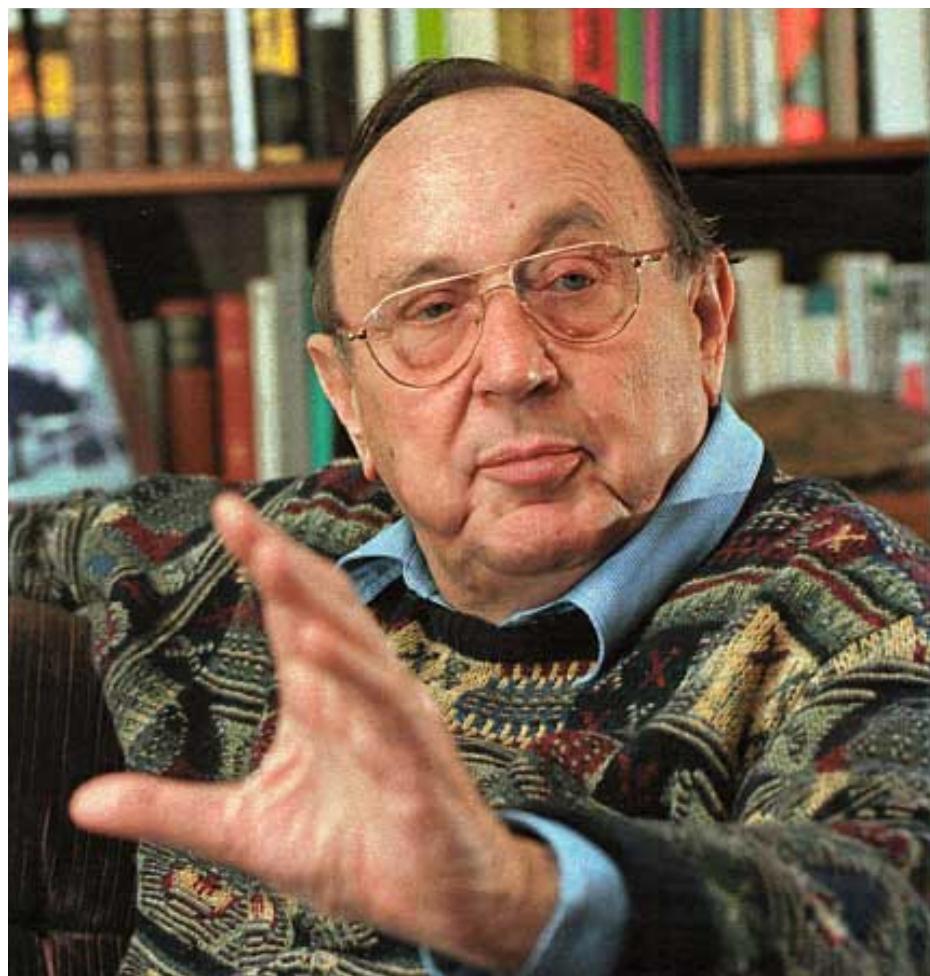


Moschee in Braunschweig: Nicht radikal genug

F D P

„Klares liberales Profil“

Interview mit Hans-Dietrich Genscher
über den Richtungsstreit unter den Freidemokraten



M. DARCHINGER

FDP-Politiker Genscher: „Wir sollten mehr mit unseren Pfunden wuchern“

den Reisenden aus Braunschweig vor dem Abflug unter einem Vorwand zu filzen. Außer einer Videokamera, 4000 Dollar in bar und einer israelischen Landkarte entdecken sie nichts. Das Filmgerät wird genauestens auf versteckten Sprengstoff untersucht. Als Smyrek in Tel Aviv landet, wird er sofort verhaftet.

Der Beweisnot der deutschen Ermittler schaffen die Israelis schnell Abhilfe. Smyrek wird dem Inlandsgeheimdienst Schabak überstellt, Kontakt zu einem Anwalt oder der deutschen Botschaft wird ihm verweigert. Drei Wochen lang vernehdnen die Spezialisten den Häftling. Smyrek legt ein umfassendes Geständnis ab – Grundlage für den Prozeß gegen ihn. Stolz vermerken die Israelis in der „Kriminalakte 97“, Smyrek habe „bei seiner Befragung sämtliche Tatsachen“ zugegeben.

Smyreks Anwalt Assan hält den Gang der Dinge für einen Skandal: Die Deutschen hätten die Israelis die „Schmutzarbeit“ machen lassen. Assan: „Warum hat man ihn nicht in Deutschland festgenommen?“

Auch wenn es für eine Verhaftung hierzulande nicht reichte, bleibt rätselhaft, warum die deutschen Fahnder Smyrek nicht wenigstens zu einer Vernehmung einbestellten. BKA und Verfassungsschutz, begründet ein Insider die Zurückhaltung, hätten keine unmittelbare Gefahr in Verzug gesehen. Die Verhaftung Smyreks in Tel Aviv sei nicht abgesprochen gewesen.

Der Braunschweiger hatte ein Rückflugticket für den 12. Dezember. Einen Anschlag sollte er bei dieser Reise nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden nicht verüben, sondern nur geeignete Plätze in Tel Aviv und Haifa auskundschaften.

Erst bei einem anschließenden Treffen mit seinen Hisbollah-Kontakteuten in der Türkei sollte Smyrek nach Einschätzung der Ermittler möglicherweise einen Auftrag für ein Selbstmordattentat erhalten. Die deutschen Behörden wollten deshalb weitere Kontakte des Braunschweigers ergründen.

Mittlerweile ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Hannover gegen Smyrek unter dem Aktenzeichen 105 Js 87366/97 wegen des Verdachts der Verabredung eines Sprengstoffverbrechens.

Wohnungen wurden durchsucht, Freunde und Bekannte vernommen. Auch gegen einen Verbindungsman Smyreks wird ermittelt. Bei der Bundesanwaltschaft und in Hannover prüft man derzeit Übersetzungen des Smyrek-Geständnisses – die Israelis haben holprige Transkriptionen in Englisch übersandt.

Sollte sich der Verdacht erhärten, müßten die deutschen Ermittler wohl bei ihren israelischen Kollegen vorstellig werden – und um eine Auslieferung des deutschen Staatsbürgers Steven Smyrek ersuchen.

SPIEGEL: Herr Genscher, woran liegt es, daß sich die FDP zu Beginn des Wahljahrs Sorgen um ihre Existenz machen muß?

Genscher: In schweren Gewässern sind alle Parteien, nicht nur die FDP. Unser Land braucht eine klare Reformpolitik, damit wir nicht zu den Verlierern, sondern zu Gewinnern der Globalisierung werden. Um diese Reformperspektive geistig und gesellschaftlich durchzusetzen, braucht die FDP einen langen Atem. In der Länge dieses Prozesses liegt sicher ein Problem für uns. Das ist mir aber lieber als die internen Streitigkeiten der Unionsparteien und die rot-grünen Querelen.

SPIEGEL: Die Bürger aber verbinden Stillstand statt Reformen mit der FDP.

Genscher: Die Bürger können sich ausrechnen, wie viele Steuern sie ab 1. Januar durch die Senkung des Solidaritätszu-

schlags sparen werden. Das haben sie der FDP zu verdanken wie auch den Wegfall der arbeitsplatzfeindlichen Gewerbekapital- und Vermögensteuer.

SPIEGEL: Und am 1. April werden die Bürger erleben, daß die höhere Mehrwertsteuer die Ersparnisse aufzehrt.

Genscher: Die gesamte Steuer- und Abgabendiskussion wird recht oberflächlich geführt. Es geht um die Senkung der Gesamtsteuer- und Abgabenbelastung, aber auch um eine arbeitsplatzfreundlichere Steuer- und Abgabenstruktur. Es ist ein Unterschied, ob Leistung oder Konsum besteuert werden.

SPIEGEL: Die Leute stellen schlicht fest, daß sie Jahr für Jahr höhere Steuern zahlen.

Genscher: Niemand kann der FDP nehmen: Sie hat das Thema Steuersenkungen auf den Tisch gebracht. Sie hat die anderen